

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Wiebke Diehl  
05.09.2020

## *In neokolonialer Manier*

*Französischer Präsident droht Libanon mit Sanktionen, sollten »Reformen« nicht umgesetzt werden. Kritik an Proporzsystem*



Stephane Lemouton/Pool Bestimage/dpa

Zeigt, wo's langgeht: Emmanuel Macron am Dienstag bei einem Treffen mit Militärs in Beirut

### **Hintergrund: Systemwandel gefordert**

Obgleich der »Westen« das libanesische Proporzsystem, das Korruption und Vetternwirtschaft befördert, wenn nicht gar bedingt, jahrzehntlang nicht in Frage gestellt hatte, ruft der französische Präsident Emmanuel Macron als Teil der angemahnten »Reformen« seit einigen Wochen nach dessen Ende. Als sich am vergangenen Wochenende auch der libanesische Staatspräsident Michel Aoun, Parlamentspräsident Nabih Berri von der schiitischen Amal sowie Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah offen für diese Forderung zeigten und Aoun gar »Laizismus« als Ziel ausgab, rochen westliche Journalisten eine »überraschende Wende«, die sie gar zur Reaktion auf Macron ummünzten.

Tatsächlich aber haben Aoun und seine »Freie Patriotische Bewegung«, die sich als säkular und überkonfessionell versteht, den politischen Konfessionalismus nie gutgeheißt. Und auch die Hisbollah lehnt das System, in dem insbesondere die Schiiten stark benachteiligt sind, grundsätzlich ab. So heißt es etwa im 2009 veröffentlichten Manifest, das den »Offenen Brief« von 1985 als Grundsatzprogramm der Partei ablöste: »Das Hauptproblem des libanesischen politischen Systems ist das politische Sektierertum, das Reform und Entwicklung verhindert.« Nur weil sowohl die Verfassung als auch das Taif-Abkommen von 1989, das den ersten Schritt zur Beendigung des Kriegs bedeutete, eine schrittweise

Abschaffung des Proporzsystems festschreiben, beteiligte sie sich ab 1992 an Parlamentswahlen und trat 2005 gar in die Regierung ein.

Wie auch Aoun tritt Nasrallah in seinen Reden für Dialog und Verständigung zwischen den Religionsgemeinschaften sowie für gleiche Rechte aller Bürgerinnen und Bürger des Landes ein. Dass er die Abschaffung des Systems öffentlich nicht offensiv fordert, begründet er mit der schmerzhaften Erfahrung des Bürgerkriegs und den Ängsten insbesondere der libanesischen Christen vor muslimischer Dominanz. Nur eine einvernehmliche Lösung unter Beteiligung aller Libanesen könne darum eine Option sein.

Der maronitischen Religionsgemeinschaft, der Aoun angehört, nähme ein Ende der Vergabe von Staatsämtern und Parlamentsmandaten anhand von Konfessionszugehörigkeit zwar das Vorrecht auf das höchste Staatsamt. Was die Mehrheitsverhältnisse im Zedernstaat angeht, würde das »Bündnis 8. März«, dem auch Aoun und die Hisbollah angehören, aber aller Wahrscheinlichkeit nach profitieren. Auch deshalb ist äußerst fraglich, ob es tatsächlich zu einem Systemwechsel kommen wird, den auch die Kommunistische Partei Libanons seit Jahrzehnten als Ziel ausgibt und für den die Demonstranten seit nunmehr fast einem Jahr auf die Straße gehen. (wd)

Komplett anzeigen Verkleinern

Im Dezember wolle er »den Rest erledigen«, kündigte der französische Präsident Emmanuel Macron Anfang der Woche während seines zweiten Libanon-Besuchs innerhalb von nur drei Wochen an. Wie bereits kurz nach den verheerenden Detonationen im Hafen Beiruts am 4. August forderte er »Reformen« als Vorbedingung für internationale Hilfen für den Zedernstaat, der sich in seiner schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise befindet. So müssten im Energiesektor, im Bankensystem und der Justiz tiefgreifende Veränderungen umgesetzt und die neoliberalen Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfüllt werden.

Nicht nur habe der bisherige libanesischer Botschafter in Berlin, Mustapha Adib, der am Montag von Staatspräsident Michel Aoun mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden ist und auch enge Beziehungen nach Frankreich unterhält, nur zwei Wochen Zeit, ein neues Kabinett auf die Beine zu stellen. Sollten bis zu seinem nächsten Besuch in Beirut in drei Monaten die geforderten »Reformen« nicht eingeleitet sein, könnten »Sanktionen gegen die politische Führungsklasse« verhängt werden, drohte Macron in bester neokolonialer Manier im Interview mit der Wochenzeitung *Politico Europe*.

Nach Beirut gereist war der französische Präsident, der erneut das im Libanon geltende und für Korruption und Vetternwirtschaft besonders anfällige Proporzsystem kritisierte und an seiner Stelle einen »neuen politischen Pakt« forderte, anlässlich der offiziellen Feiern zum 100. Jahrestag der Ausrufung des Großlibanon durch den französischen General Henri Gouraud am 1. September. Allerdings ist die Vergabe sowohl höchster Staatsämter und Parlamentssitze als auch von Stellen im öffentlichen Dienst zwischen den 18 anerkannten Konfessionen ein Relikt der französischen Mandatszeit. Frankreich, das sich schon seit dem ersten Kreuzzug im 11. Jahrhundert als Schutzmacht der Maroniten verstanden und 1860 eine Teilautonomie für den vorwiegend von Christen bewohnten »Mont Liban« initiiert hatte, wollte sich Einflusszonen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens sichern. Paris schreckte dabei auch nicht davor zurück, die Verteilung der Macht auf Grundlage eines bereits damals in seinem Ergebnis kritisierten und heute längst von den demographischen Realitäten überholten Proporz zugunsten der Christen des Landes aufzuerlegen.

Heute allerdings ist zumindest die Anhängerschaft des seit 2016 amtierenden maronitischen Staatspräsidenten Aoun und seiner »Freien Patriotischen Bewegung« nicht mehr Hauptverbündeter Frankreichs und der westlichen Industriestaaten im Libanon. Denn schon 2006 schlossen sie sich der im Zuge der großen Demonstrationen nach der Ermordung von Expremier Rafik Hariri entstandenen, prosyrischen »Allianz 8. März« an, der auch die Hisbollah zugehörig ist. Eine von der »Koalition 14. März« geforderte Entwaffnung der

»Partei Gottes«, der nicht nur der Abzug der israelischen Truppen und ihr Erfolg im Sommerkrieg 2006, sondern auch die Verhinderung eines Eindringens von Terroristen des sogenannten Islamischen Staats (IS) in den Libanon zugeschrieben wird, lehnen sie ab. Der »Koalition 14. März« gehören unter anderem die prowestliche und eng mit den Golfstaaten verbandelte »Zukunftsbewegung« Saad Hariris, die drusische »Sozialistische Fortschrittspartei« Walid Dschumblats und die für ihre Rolle im libanesischen Krieg berichtigten »Forces Libanaises« von Samir Geagea an.

Hatte das Bündnis »14. März« 2005 noch den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon erreicht und die Wahlen von 2009 mit 71 zu 57 Parlamentssitzen gewonnen, musste Rafik Hariris Sohn Saad 2011 den Posten des Ministerpräsidenten an Nadschib Mikati übergeben und stand in seiner zweiten Amtszeit ab 2016 einer »Regierung der Nationalen Einheit« vor. Die parlamentarische Mehrheit hatte er an die »Koalition 8. März« verloren. In der Technokratenregierung von Hassan Diab, die nach den Detonationen vom 4. August zurücktrat, war das Bündnis Hariris nicht vertreten. Es hatte zahlreiche ihrer Vorhaben blockiert.

Dass es ihm primär auch um eine Stärkung des prowestlichen Lagers geht, machte Macron bei seinem Libanon-Besuch ebenfalls deutlich. Die Hisbollah müsse über ihre »Verantwortung« aufgeklärt werden, der Libanon dürfe nicht »in den Terrorismus abrutschen«, formulierte er eine weitere implizite Bedingung für die so dringend benötigten finanziellen Hilfen. Die rund 60.000 Libanesinnen und Libanesen, die bis dato eine Petition unterschrieben hatten, in der die neuerliche Unterstellung des Landes unter die französische Kolonialmacht gefordert wird, werden es ihm danken. Die Mehrheit der libanesischen Bevölkerung aber repräsentieren sie nicht.

Aus: [Ausgabe vom 05.09.2020](#), Seite 3 / Schwerpunkt Libanon